

Schéi Feierdeeg

FNCTTFEL

Landesverband

D'Exekutive vum Landesverband an d'Redaktioun vum "Le Signal" wënschen lech alleguer ee schéint Joresenn an ee gudde Rutsch an dat neit Joer 2013.

Eis Büro'en sinn zou vu Méindes, de 24.12.2012 bis Dënschdes, den 01.01.2013 inklusiv.

Editorial

Guy Greivelding

Kein einfaches Jahr



Am 13. Januar schrieben wir im „Le Signal“, dass es sicher kein einfaches Jahr 2012 werden würde. Wir behielten Recht. Denn schon wenige Tage später wurde uns eine weitere Indexmanipulation verpasst, die bis ins Jahr 2014 wirkt. Die Regierung funktionierte den Index zu einer Zulage mit festem Auszahlungstermin um, ohne Rücksicht

darauf zu nehmen, dass dieser ein Instrument des Ausgleiches für den Kaufkraftverlust ist. Wie geht eine nächste Regierung nach den Parlamentswahlen 2014 mit dem Index um? Fragen, die uns beschäftigen müssen. Genauso muss uns interessieren, wer unser Land in Zukunft führt. Die vom Volk gewählten Politiker oder die Arbeitgeberverbände?

In der vorigen Woche verabschiedete die Abgeordnetenkammer die von uns von Anfang an konsequent abgelehnte rückschrittliche Pensionsreform mit den bekannten Leistungsverschlechterungen, die auch nicht mit einer Anhebung der Grundrente auf 28% des Mindestlohnes vom Tisch sein werden. Diese von den Mehrheitsparteien im Parlament getragene negative Reform so wie auch die Streichung des Adjustements der Pensionen auf den 1. Januar 2013 werden zusammen mit allen anderen beschlossenen Austeritätsmassnahmen das Risiko der Altersarmut fördern. Dabei dürfen auch nicht die Rufe von den Politikern überhört werden, denen diese Reform nicht weit genug geht und die eigentlich auch darauf drängen, dass die automatische Rentenanpassung abgeschafft werden soll.

Die Risiken nicht unterschätzen

Sie beinhalten die echte Gefahr von weiteren gewollten Verschlechterungen im Pensionswesen. So muss dann auch die Absicherung der öffentlichen Pensionsysteme und deren Leistungen weiter ein Thema bleiben.

Letzte Woche wurde dann auch der Staatshaushalt 2013 verabschiedet, der genau wie die Pensionsreform von den Vorgaben der in der EU gepredigten und vollzogenen neoliberalen Politik geprägt ist. So wird er dann auch seinen Teil zu der praktisch schon zum Selbstläufer gewordenen Austeritätspolitik beitragen. Unter anderem durch die Erhöhung der Solidaritätssteuer, die Senkung des steuerlichen „Abattements“ auf Konsumkrediten, die Überarbeitung der Kriterien zur Gewährung der „Mammerent“ und auch durch die Anhebung der Fahrpreise im öffentlichen Transport.

Vergessen dürfen wir nicht in unserem Rückblick die Aussetzung des Gehältervertrages im öffentlichen Sektor auf die Jahre 2014 beziehungsweise 2015. Und ob er dann tatsächlich umgesetzt wird?

Weiter zur Politik der Austerität gehört die im selben Sektor gewollte Reform des Statuts und der Gehälter. Wohl ist es zurzeit ruhig geworden um diese Reform, die Einschnitte in der Besoldung der Auszubildenden, eine verlängerte Stagezeit sowie ein Bewertungssystem, das nie objektiv sein kann, beinhaltet. Doch sind wir überzeugt, dass diese dem Parlament bald zur Annahme vorgelegt wird, passt sie doch ins allgemeine Bild der betriebenen Politik des Sozialabbaus. Es kann dann also auch nicht sein, dass wir einer solchen Reform mit unübersehbaren Einkommenskürzungen positiv gegenüber stehen. So dann auch unser nochmaliger Appell an alle sozial engagierten Politiker im Parlament diese Reform zurückzuweisen.

Zu dieser Politik der Abwärtsspirale gehört auch die nächste Liberalisierungsetappe im Eisenbahnwesen. Die geforderte organische Trennung von Netz und Be-

trieb beziehungsweise die Liberalisierung des nationalen Personenverkehrs auf der Schiene sind ein weiteres Produkt des Neoliberalismus. Angekündigt wurde, dass Ende Januar 2013 die definitiven Vorschläge von der EU-Kommission veröffentlicht würden. Die integrierten Unternehmen sollen zerschlagen werden. Die Wahlfreiheit zur Organisation des öffentlichen Transports, die nach jahrelangem zähen Ringen 2007 festgeschrieben wurde, soll gekippt werden. Die Liberalisierung als auch die Trennung sollen bis spätestens 2019 umgesetzt sein.

Der öffentliche Transport verliert den Charakter einer sozialen Leistung

Historisch gewachsene Unternehmen und Arbeitsplätze sind mehr denn je in Gefahr. So kann es nicht anders sein, als dass unser gemeinsamer mit allen europäischen Eisenbahngewerkschaften gegen Liberalisierung, Fragmentierung und Deregulierung im Eisenbahnwesen schon seit Jahren geführter Protest 2013 weitergehen wird.

Mit Erfolg wehrten sich die Flughafenbediensteten gegen die Liberalisierung der Abfertigungsdienste. Die diesbezüglichen Liberalisierungsvorschläge wurden vom Europäischen Parlament an den zuständigen Ausschuss zurück verwiesen. Wie es nun weiter geht, können wir nicht wissen, da nun die EU-Kommission weiterhin an ihren Vorschlägen festhält. Aber doch ist diese Entscheidung ein wichtiges Zeichen, die den Bahnbeschäftigten die Kraft geben soll, das vierte Eisenbahnpaket konsequent und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln abzulehnen.

Kein einfaches Jahr war also 2012. Die Folgen der negativen Politik werden mehr denn je ab nächstem Jahr zu spüren sein. Kämpfen muss angesagt bleiben.

Wir wünschen unseren Mitgliedern, ihren Familien und Freunden sowie allen Signal-Lesern geruhsame Feiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Empfehlungen der europäischen Sozialpartner des Sektors Eisenbahn

Förderung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens ...

... gegenüber Gewalt von dritter Seite im europäischen Eisenbahnsektor.

Hintergrund der Empfehlungen und Absichten der Sozialpartner

Die Sicherheit der Beschäftigten und der Fahrgäste der Eisenbahnen in Europa ist für die europäischen Sozialpartnern und ihren angeschlossenen Unternehmen und Gewerkschaften von grundlegender Bedeutung. Obwohl der Schienenpersonenverkehr grundsätzlich sicher ist, sind die Sozialpartner insbesondere besorgt über Gewalt von dritter Seite gegenüber den Beschäftigten im Schienenpersonenverkehr. Gewalt von dritter Seite definieren wir als "Vorfälle, bei denen Beschäftigte im Zusammenhang mit ihrer Arbeit beschimpft, bedroht oder angegriffen werden, und die explizit oder implizit eine Gefahr für ihre Sicherheit, Wohlbefinden oder Gesundheit bedeuten." Vorfälle durch Gewalt von dritter Seite haben gesundheitliche, soziale und ökonomische Auswirkungen auf die betroffenen Beschäftigten und die Sozialpartner. Diese können physische Verletzungen, psychische Beeinträchtigungen, Angst und das Gefühl von Unsicherheit, Fehlzeiten und Vermeidungsverhalten, Ausfalltage und Krankenschreibungen, Kündigung der Arbeitsstelle, Berufsunfähigkeitspensionen, ein negatives Image des Unternehmens durch Verspätungen und Zugausfälle und andere Auswirkungen sein.

Die Pflicht zum arbeitsbezogenen Schutz der Gesundheit und zur Sicherheit von Arbeitnehmern liegt, wie im EU- und nationalen Recht festgeschrieben, bei dem Arbeitgeber. Aber auch die Arbeitnehmer müssen sich nach ihrem bestem Wissen und Möglichkeiten so verhalten, dass ihre Gesundheit und Sicherheit geschützt werden. Die europäischen Sozialpartner streben eine kooperative Unternehmenskultur zur Prävention von Gewalt bzw. zum Umgang mit den Folgen von Gewalt von dritter Seite, insbesondere gegenüber den Bahnmitarbeitern an. Die Europäischen Sozialpartner betonen, dass ein gemeinsames Vorgehen am erfolgversprechendsten ist.

Ziele der gemeinsamen Empfehlungen

Die Sozialpartner des Sektors Eisenbahn beabsichtigen mit diesen gemeinsamen Empfehlungen,

- ihre Mitglieder, die angeschlossenen Unternehmen und Gewerkschaften, bei der Ergreifung von Maßnahmen zu unterstützen, die der Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens von Mitarbeitern und Fahrgästen gegenüber Gewalt von dritter Seite dienlich sind;
- einen Beitrag zur Steigerung der Qualität der Arbeitsbedingungen im Schienenpersonenverkehr zu leisten;
- Strategien zur Prävention und zum Umgang mit Gewalt von dritter Seite am Arbeitsplatz zu initiieren durch praktische Maßnahmen der Kommunikation, der Vorbeugung, der Intervention und der Nachsorge.

Handlungsempfehlungen für die Sozialpartner

Maßnahmen der Kommunikation, der Prävention, der Intervention und der Nachsorge sollten auf die jeweiligen Arbeits- und Unternehmensbereiche abgestimmt werden.



Die europäischen Sozialpartner bei der Unterschrift: Libor Lochmann, CER-Präsident; Dr. Rudolf Müller, Präsident des europäischen Sozialdialogs Eisenbahn; Sabine Trier, stellv. ETF-Generalsekretärin; Guy Greivelding, Präsident der ETF-Sektion Eisenbahn

Ein ganzheitlicher und gemeinsamer Ansatz ist hier am erfolgversprechendsten. Die europäischen Sozialpartner empfehlen daher, dass eine nachhaltige Politik angewandt werden sollte, die auf den folgenden Gebieten Maßnahmen ergreift:

• **Bewusstsein schaffen**

Gewalt von dritter Seite kann durch Sensibilisierung der Arbeitgeber, der Beschäftigten und der Kunden und Reisenden vermindert werden. Deshalb sollten die Sozialpartner auf Unternehmens- oder Branchenebene mit einem gemeinsamen Ansatz das Problem angehen. Sie sollten eine gemeinsame Strategie zur Kommunikation und Prävention entwickeln, die eine „Null-Toleranz“-Kampagne einschließt, die angemessene Unterstützung und Weiterbildung der Beschäftigten vorsieht, die präventive Maßnahmen für die Öffentlichkeit sowie eine Beschreibung der Vorfälle, die berichtet werden sollen, enthält. Diese Beschreibung sollte so formuliert werden, dass eine Klassifizierung der Gewalttaten in einer computerbasierten Datenbank vorgenommen werden kann.

• **Einrichtung einer spezialisierten Stelle**

In den Unternehmen sollte eine Stelle eingerichtet werden, die offiziell mit der Analyse und Durchführung der gemeinsam vereinbarten Maßnahmen betraut wird. Sie sollte auf jeden Fall eng mit dem Sicherheits- und Personalbereich und den betroffenen Geschäftsfeldern zusammenarbeiten. Vorfälle von Gewalt von dritter Seite sollten dort erfasst und im Rahmen der Gesetze und Möglichkeiten unter Anwendung angemessener Mittel untersucht werden.

Diese Stelle kann gleichzeitig Ansprechpartner bei Vorfällen und bei Fragen sein.

• **Dokumentation, Erfassung und Analyse**

Alle Vorfälle, die nach den vorher festgelegten Definitionen eindeutig meldepflichtig sind

(einschließlich Fälle von Beschimpfungen und Bedrohungen), sollten in geeigneter Weise systematisch erfasst und ausgewertet werden. Erforderliche Maßnahmen sollten erarbeitet und umgesetzt werden. Alle Beteiligten sollten über das Vorgehen informiert werden. Mitarbeiter sollten ermutigt werden, alle Vorfälle zu melden und nach Möglichkeit Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Eine europäische Typologie von Vorfällen, die berichtet werden sollen, wird der Harmonisierung des Verständnisses von Gewalt von dritter Seite auf europäischer Ebene dienen und sollte erstellt werden.

• **Sicherheitsmanagement und technische Mittel**

Sicherheitsmanagement verbindet personelle und technische Maßnahmen. Ein sehr bedeutender Faktor ist der Einsatz von aktivem und präventivem, speziell für die Eisenbahn geschultem Sicherheitspersonal in Bahnhöfen und Zügen sowie je nach Ländern, die Präsenz von Polizei. Präventive Maßnahmen können auch spezifische Prozesse und/oder Einrichtungen sein, die den Ticketverkauf betreffen, den Zugang zu Zügen, bauliche Maßnahmen auf Bahnhöfen, Videoüberwachung etc. Videoüberwachungssysteme können bei der Vorbeugung, der Identifizierung und somit bei der Aufklärung von Straftaten einen Beitrag leisten.

• **Präventive Qualifizierung und Sensibilisierung der Belegschaft**

Qualifikation und Training bereiten die Beschäftigten mit möglichem Kundenkontakt und die jeweiligen Führungskräfte auf Situationen von Gewalt von dritter Seite vor, lehrt Prävention und gibt Hilfestellung für den bestmöglichen Umgang mit den Folgen. Das Unternehmen sollte angemessene Schulungen für diese Beschäftigten und Führungskräfte anbieten zu allen notwendigen Themen wie Deeskalation, Erkennen von potentiell gewalttätigen Situationen etc.

• **Nachsorge**

Angemessene und transparente Verfahren der Nachsorge für Opfer von Gewalt von dritter Seite sollten vorgesehen werden, die, abhängig von den Umständen, medizinische Hilfe (einschließlich psychologischer Hilfe), rechtliche, praktische und /oder finanzielle Unterstützung einschließen können.

• **Rechts- und Ordnungspartnerschaften**

Die Kooperation zwischen den Eisenbahnunternehmen, der Polizei und den Behörden erhöht insgesamt die Fähigkeit zur Verbesserung der Sicherheit. Die Sozialpartner betonen ebenso den Nutzen, mit geeigneten Partnern auf nationaler oder lokaler Ebene zusammenzuarbeiten, um durch einen abgestimmten Ansatz Gewalt von dritter Seite identifizieren und verhindern zu können.

• **Einsatz von Good Practice-Beispielen**

Es bestehen bereits gute Praxisbeispiele zur Prävention, Intervention und Nachsorge von Gewalt von dritter Seite gegenüber Bahnmitarbeitern in Europa. Die Maßnahmen sollten abhängig von der Größe und Art des Unternehmens vorgesehen und ihre Anwendbarkeit sollte geprüft werden. Gute Praxisbeispiele, die in dem Handbuch „Förderung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens gegenüber Gewalt von dritter Seite im europäischen Eisenbahnsektor. Ein Handbuch guter Praxis“ vorgestellt werden, können zu diesen Themen herangezogen werden.

• **Dialog mit der Politik, weiteren Beteiligten und den Sozialpartnern / civil and social dialogue**

Anforderungen der Eisenbahnunternehmen, der betrieblichen Interessenvertreter und der Gewerkschaften an die Politik und weitere mögliche beteiligte Stellen sollten den nationalen und europäischen Politikvertretern bekannt gemacht werden.

• **Vergabe öffentlicher Aufträge im Schienenpersonenverkehr**

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Schienenpersonenverkehr sollte ein Abschnitt zur Sicherheit von Beschäftigten und Fahrgästen vorgelegt und bei der Vergabe berücksichtigt werden.

• **Abschluss eines Sozialpartnerabkommens**

Die Vereinbarung von Sozialpartnerabkommen ist auf verschiedenen Ebenen (Unternehmens- und /oder Branchenebene etc.) erstrebenswert. Vorschläge von Beschäftigten zur Verbesserung der Schwachstellen bei der Sicherheit am Arbeitsplatz sollten untersucht, und, wenn möglich, umgesetzt werden.

• **Regelmäßige Evaluation der Effektivität der Maßnahmen**

Die europäischen Sozialpartner empfehlen die regelmäßige Evaluation der Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (z.B. jährlich). Erfahrungen und relevante legislative und technologische Entwicklungen sollten stetig einbezogen werden. Die Ergebnisse sollten bewertet und Absprachen zur Verbesserung getroffen werden. Evaluationsergebnisse können in neue Vereinbarungen aufgenommen werden.

Unterzeichnet in Brüssel am 5. Dezember 2012:

Dr. Rudolph Müller
Vorsitzender des europäischen sektoralen Sozialdialogs Eisenbahn, Vorstand Personal DB Schenker Rail Deutschland AG

Guy Greivelding
Vorsitzender der ETF Sektion Eisenbahn, Präsident FNCTT-FEL, Luxemburg

Dr. Libor Lochman
Generaldirektor CER

Sabine Trier
Stellvertretende Generalsekretärin ETF

Fertigstellung der zweigleisigen Strecke Petingen-Luxemburg

Schneller, besser, häufiger ...

Nach acht Jahren Bauzeit ist sie nun fertig. Erleichterung und Stolz war den Verantwortlichen anzumerken, als sie kürzlich die neue „Süd-strecke“ per Zug zwischen Petingen und Luxemburg eingeweiht haben.

Die Nachricht, die wohl am meisten interessiert, ist die, dass seit Kurzem die Zahl der Züge auf der neuen Strecke verdoppelt wird. Den ganzen Tag über, an sieben Tagen in der Woche, verkehrt jetzt ein Zug im Halbstundentakt zwischen Athus (B) und Luxemburg. Er hält in Rodange, Lamadelaine, Petingen, Bascharage-Sanem, Schouweiler, Dippach-Reckingen, Leudelingen und Hollerich. Zu Spitzenzeiten, montags bis freitags zwischen 6.00 und 9.00 Uhr und zwischen 16.00 und 19.00 Uhr, fährt ein Zug zusätzlich im Halbstundentakt die Bahnhöfe Rodange, Petingen, Kaerjeng, Dippach und Hollerich an. „Zusammen bedeutet das einen Viertelstundentakt auf dieser neuen Strecke“, sagte Alex Kremer, „directeur général“ der CFL anlässlich der Vorstellung der neuen Verbindung. Außerdem verkürzt sich die Reisezeit um 25 Minuten von vorher einer Stunden auf 34 Minuten, da die neue Strecke über Dippach und nicht wie bisher über Esch verläuft.

Ermöglicht hat das eine Investition von 200 Millionen Euro, insgesamt 36,2 Kilometer Gleise in beide Richtungen wurden neu verlegt und 1.590 Meter neue behindertengerechte Quais gebaut. Die Strecke ist jetzt zweigleisig. Das ist aber noch nicht alles.

Die Signalanlagen sowie die Stromleitungen wurden erneuert und 1.000 neue Parkplätze entlang der Strecke sind entstanden. Auch der Umweltschutz wurde mit Schallschutz und Kompensationsmaßnahmen für die Natur be-



dacht. „Viele sagen, das hat zu lange gedauert“, sagte Kremer weiter.

Teil eines Großprojektes

Fakt sei jedoch, dass dieses Riesenprojekt bei laufendem Betrieb habe durchgeführt werden müssen und nicht „auf der grünen Wiese“ gebaut worden sei, sagte Kremer weiter. Acht neue unterirdische Fußgängerwege und 15 neue Brücken entlang der Strecke sind entstanden.

Für Transportminister Claude Wiseler steht die Investition in den Zugverkehr im Rahmen eines nationalen Plans. „Wir sind einfach am Rande unserer Kapazitäten, was den Transport betrifft“, sagt er und meint sowohl die Quantität der Züge als auch damit einhergehend die der Fahrgäste. Deshalb versuche man, den Zug dort auszubauen und einzusetzen, wo es Sinn ergebe. Das sei vor allem auf den Strecken, wo viele Grenzgänger transportiert werden müssten, der Fall. Die Petingen Strecke ist eine davon.

Eine zweite sei die zwischen Luxemburg und Kleinbellingen, ebenfalls Richtung Belgien, die viele Grenzgänger aufnehmen können muss. Eine dritte Linie, bei der Bedarf besteht, sei die zwischen Luxemburg und dem rheinlandpfälzischen Konz, so der Minister. Dafür habe man am Nordausgang der Stadt Luxemburg schon eine zweite Brücke gebaut und es sei vorgesehen, die Strecke zunächst bis Sandweiler zweigleisig zu führen. Der endgültige Ausbau war lange an Kürzungen im Etat des Bundesverkehrsministeriums gescheitert. „Die andere Zugstrecke, die wichtig ist, ist die zwischen Luxemburg über Bettemburg nach Thionville und Metz“, sagt Wiseler, „da sind wir dabei, die Grundstücke aufzukaufen.“ Sie soll von zweigleisig auf viergleisig erweitert werden. „Wenn man sieht, wie viel Leute täglich von Frankreich aus nach Luxemburg pendeln, wird schnell klar, dass wir das brauchen“, so der Minister.

Wiebke Trapp,
Tageblatt

Question Parlementaire

Monsieur le Président,

Par la présente, je vous prie de bien vouloir transmettre la question parlementaire suivante à Monsieur le Ministre du Développement durable et des Infrastructures.

D'après des articles récemment parus dans la presse belge, le gestionnaire du réseau ferroviaire belge Infrabel souhaite structurer le réseau en trois catégories (A, B et C) dans le cadre de son plan pluriannuel 2013-2025. Les lignes classées niveau C n'obtiendraient ainsi aucun investissement avant 2025.

La ligne 42 Liège-Gouvy est une des lignes visées. Cette ligne est reliée au Luxembourg par la ligne du Nord et représente un lien important pour les voyageurs en direction du Nord de l'Allemagne et des Pays-Bas.

Une pétition est par ailleurs en cours pour la sauvegarde de la ligne de train Liège-Gouvy. Celle-ci prendra fin le 24 décembre 2012 et compte déjà 5370 signataires.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes:

1. Monsieur le Ministre est-il au courant de ce projet d'Infrabel?
2. Si cette décision se confirme, Monsieur le Ministre ne pense-t-il pas que cela risque de mettre en danger les futurs projets de modernisation de la ligne du Nord repris dans la stratégie globale pour une mobilité durable ainsi que l'avenir de la ligne en général?
3. Monsieur le Ministre compte-t-il intervenir auprès de son homologue belge afin de garantir la pérennité de la ligne du Nord pour laquelle l'Etat a déjà investi des sommes et des moyens considérables.

Veillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes sentiments respectueux.

Roland Schreiner,
Député

Betrifft: Jahresende

Für dringende Anfragen steht am 28. und 29. Dezember 2012 Kamerad René Birgen (Mobiltelefon: 621 250 335) von 9.00 bis 17.00 Uhr zur Verfügung.

Kommentar Eurogruppe

AVL, was wird aus dir?



Obwohl 2008 seitens der Stadt Luxemburg eine externe Beraterfirma beauftragt wurde die Situation im Busbetrieb zu verbessern, häufen sich die Probleme mit denen die Busfahrer der Stadt Luxemburg zu kämpfen haben tagtäglich. Schöfferrat und Direktion werden nicht müde sich immer neues einfallen zu lassen.

Diensttouren

Die Diensttouren werden bis ans Limit ausgelastet, was für die Fahrer auf Weile gesundheitliche Problemen mitbringt. Laut EU-Direktive 561/2006 können die Fahrer nur maximal 4 Stunden 30 Minuten am Stück fahren, die Diensttouren beim AVL wurden

bis auf 4 Stunden 25 Minuten herauf gesetzt.

Doch jetzt kommt's, denn sowohl unser grüner Verkehrsschöffe, als auch die Direktion des Busbetriebes sind der Meinung dass wenn der Busfahrer zB an einer roten Ampel steht, dies nicht zur Lenkzeit gehört, sondern der Fahrer während dieser Zeit andere Tätigkeiten ausübt. Vielleicht können laut ihnen die Fahrer an einer Ampel oder im Stau auch einfach den Fahrerplatz verlassen? Diese Situation ist einfach unerträglich! Wie kommen diese Leute zu solchen Überlegungen?

Personalmangel

Durch akuten Personalmangel ist es für die Fahrer fast unmöglich Urlaub zu bekommen. Der Grund für diesen Personalmangel ist, das seit ein paar Jahren eingeführte Psychotest. So sind beim Aufnahmeexamen des Frühjahrs dieses Jahres, von den 35 Personen die den Examen bestanden hatten, sage und schreibe 23 am Psychotest durchgefallen. Obwohl wir als Landesverband, den Innenminister darauf in einem Schreiben aufmerksam gemacht hatten, hat er sich bis heute nicht mal die Mühe gemacht uns zu antworten.

Urlaub in den Schulferien

Bekanntlich wollen die meisten Personen ihren Urlaub in den Sommerferien, um mit ihrer Familie verreisen zu können. Jedoch dadurch, dass seit 2010 die Ge-

meinde Luxemburg die Schobermesse jetzt auch noch in die Sommerferien gesetzt hat, und der AVL-Betrieb bekanntlich extra Dienste fahren muss, können jetzt an diesen Sonntagen nur 3 Fahrer Urlaub bekommen. Dies würde theoretisch bedeuten, dass die Fahrer von Montag bis Samstag mit Ihrer Familie in den Urlaub fahren können, Sonntags jedoch zurück kommen müssen um zu arbeiten, und am Montag wieder zu ihrer Familie in den Urlaub reisen können. Vor 2010 gab es keine Probleme bei der Urlaubsvergabe in den Sommerferien, also ist dies nur auf den schlechten Willen des Schöfferrats zurückzuführen, der jetzt die Schobermesse in den Sommerferien verlegt hat, oder? Herr Bettel, Herr Bausch, Direktion des AVL, macht Ihr auch so euren Urlaub?

Arbeitnehmer mit Zeitverträgen

Der Blaue Bürgermeister und sein Grüner Schöffe, haben vergangenen Freitag die Personalvertreter informiert, dass es für das Jahr 2013 unmöglich sei die 33 neue Fahrer einzustellen die mindestens benötigt würden, da nur 23 das Examen bestanden hätten. Ihrer Meinung nach muss man auf Arbeitnehmer mit Zeitverträgen zurückgreifen. Diese bräuchten sich dann nicht einem Psychotest zu unterziehen, sondern würden 2 Jahre getestet, bevor sie dann nach bestandenen Examen in die Laufbahn des Beamten wechseln könnten, und dann

wiederum 2 Jahre Stage, was insgesamt einer Probezeit von 4 Jahren gleich käme.

Herr Bettel, Herr Bausch, und wo haben Sie sich denn so eine lange Probezeit abgeschaut?

Es haben insgesamt 23 Personen das Aufnahmeexamen im Herbst bestanden, und 23 bleiben noch vom Frühjahrsexamen offen, die in diesem absurden Psychotest durchgefallen waren. Dies ergibt also 46 Personen, und der AVL-Busbetrieb benötigt für das Jahr 2013 mindestens 33 Personen, was also allemal reicht.

Es ist unnötig auf Arbeitnehmer mit Zeitverträgen zurückzugreifen!

Schlussendlich kam der grüne Verkehrsschöffe doch noch mit der Wahrheit heraus.

Mit diesen Arbeitnehmern hätte man laut Aussagen von Herrn Bausch, mehr Flexibilität, falls man in Zukunft durch die Tram weniger Personal benötigt, und das aus dem Mund eines früheren Personalvertreters und Volksvertreters! Liebe Eisenbahnerkollegen/innen, Ihr könnt euch glücklich schätzen dass dieser Mann nicht Personalvertreter blieb sondern in die Politik wechselte. Wir werden auf jeden Fall diesem Treiben nicht tatenlos zusehen. Wenn eine falsche Personalpolitik betrieben wurde, und das über Jahre, dann kann das doch nicht die Schuld der jetzigen und zukünftigen Busfahrer sein. Hier müssen Leute Farbe bekennen, und das schnellstens.

Yannick Jacques

L'actuel président de l'Eurogroupe, M. Jean-Claude Juncker a annoncé de ne plus solliciter le renouvellement de son mandat. Dans ce contexte il est utile de rappeler que lors du „Sommet Euro“ du 26 octobre 2011, les chefs d'Etat et de Gouvernement ont adopté „10 mesures pour améliorer la gouvernance de la zone euro“.

La 5^e mesure visait notamment une organisation plus structurée des travaux de l'Eurogroupe: „Le président de l'Eurogroupe est élu conformément au protocole n°14 annexé aux traités. La décision sur la question de savoir s'il devrait être élu par les membres de l'Eurogroupe en leur sein ou être un président à temps plein basé à Bruxelles sera prise à l'expiration du mandat de l'actuel président de l'Eurogroupe“.

Le moment est venu de passer aux actes. Le prochain sommet devrait décider de nommer un „président à temps plein basé à Bruxelles“.

La solution la plus intelligente serait de confier la présidence de l'Eurogroupe au vice-président de la Commission chargé des questions économiques et monétaires, actuellement M. Olli Rehn. Une telle présidence renforcerait la cohésion entre la Commission et l'Eurogroupe. Cela diminuerait le nombre de ceux prétendant parler au nom de l'Eurogroupe, réduisant ainsi quelque peu la cacophonie actuelle après les réunions de l'Eurogroupe.

Robert Goebbels,
député européen

Die Delegation der „Services centraux“ tagte am 7. Dezember 2012

Die Arbeiten am Direktionsgebäude bleiben Thema Nr. 1



Am 7. Dezember 2012 kam die Personaldelegation der Zentralsdienststellen zu ihrer letzten diesjährigen Sitzung mit den Vertretern der Generaldirektion zusammen. Die Damen und Herren Philippe Schrantz, Romain Forman, Christiane Reinert, Albert Gérard und Danielle Licciardi vertraten die Eisenbahndirektion. Frau Licciardi fungierte als Sekretärin. Der FNCTTFEL-Landesverband wurde von den Kollegen Jean-Marie Thoma und Carlo Thissen vertreten. Die Kollegen Fernand Heinz und Romain Grimaz waren für den FCPT-Syprolux dabei.

Die Baustelle Direktionsgebäude war wieder einmal eines der

Hauptdiskussionsthemen. Die Personaldelegation begrüßte die Fertigstellung der Türrahmeneinkleidungen bei den Aufzügen auf allen Stockwerken des Gebäudes. Sie wies abermals darauf hin, dass jetzt im Winter viele Büros ungenügend geheizt sind. Besonders im Nordflügel des Gebäudes liegt die Raumtemperatur oft nur bei 16° C. Dies bringt viele Mitarbeiter/innen dazu, elektrische Zusatzheizungen zu benutzen, was sich dann negativ auf die Stromrechnung auswirkt. Dazu gibt es aber auch Büroräume, die überhitzt sind. Das Problem ist den Verantwortlichen schon seit langem bekannt, leider lässt sich die Raumtemperatur bis dato nicht genau regulieren.

Für die Verbesserung bzw. die Erneuerung der Heiz- und Belüftungsanlage des Gebäudes sowie

für die Instandsetzung des 10. Stockwerkes sollen endlich die Ausschreibungsprozeduren Anfangs 2013 getätigt werden. Die Arbeiten könnten dann im letzten Trimester des nächsten Jahres beginnen. Bleibt zu hoffen, dass dem denn auch so sein wird.

Reparaturarbeiten an der Fassade beginnen erst 2013

Betreffend die abbröckelnde Fassade der Direktion besteht zurzeit noch ein Versicherungsproblem. Hierzu muss noch ein Gutachten durch ein Expertenbüro erstellt werden. Erst wenn die genauen Ursachen des Schadens geklärt sind, können die Reparaturarbeiten beginnen. Die Personalvertreter bemerken, dass das zum Schutz gegen abfallende Fassadenteile am Eingang aufgestellte Gerüst die Evakuierung des Gebäudes im

Notfall behindern kann. Für dieses Problem gibt es im Moment keine zufriedenstellende Lösung. So bleibt auch hier zu hoffen, dass die Instandsetzung der Fassade schnell abgeschlossen sein wird, damit der Gebäudeeingang vom Gerüst befreit werden kann.

Im Rahmen der Erneuerungsarbeiten des 10. Stockwerkes, schlug die Personalseite vor, hier spezielle „Studierräume“ einzurichten, wo man/frau sich zurückziehen kann, um komplizierte Akten und Dossier störungsfrei einstudieren zu können. Dieser Vorschlag wird überprüft werden.

Die wiederholte Anfrage des Personals nach Duschgelegenheiten im Gebäude wurde abgelehnt, mit der Begründung, die Unterhalts- bzw. Reinigungsarbeiten wären zu kostspielig und zu aufwendig. Es

soll aber geprüft werden, ob nicht für die Benutzung der von einer Privatfirma im Bahnhof Luxemburg betriebenen Duschen den Eisenbahnern/innen ein Vorzugspreis gewährt werden kann.

Die Arbeitgeberseite teilte mit, dass ab dem Monat Mai 2013 das Konferenzzentrum der CFL im Bahnhofsgebäude wegen Umbauarbeiten für mehrere Wochen geschlossen wird. Der Umzug der „Entraide médicale“ ins Verwaltungsgebäude „Les Rotondes“ in Luxemburg-Bonneweg könnte Ende Januar 2013 vorgenommen werden.

Die Personaldelegation wollte auch Informationen zu der Neubesetzung des „Instructeur II/F-CST“ im GI-Dienst, da der aktuelle Posteninhaber in Kürze seinen Ruhestand antreten wird. Es wurde mitgeteilt, dass der GI-Dienst augenblicklich Schwierigkeiten hat, einen/e geeigneten/e Kandidaten/in zu finden. Dieser Punkt steht auch auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Zentraldelegation am kommenden 21. Dezember.

Die Personalvertreter hatten auch nach den Möglichkeiten gefragt, dem Personal Sophrologie- bzw. Relaxationskurse anzubieten, ähnlich wie dies beim Yogaprogramm geschieht. Die Direktionsvertreter teilten daraufhin mit, das Yogaprogramm werde aus Mangel an Interesse eingestellt werden. Da aber die sich in der Nähe befindende Zithaklinik über ein Sophrologie- und Relaxationszentrum verfügt, soll sich erkundigt werden, ob sich hier nicht Möglichkeiten für das Direktionspersonal ergeben.

Zum Schluss wurde noch das Problem der Kontrolle der Schließung der Brandtüren im Direktionsgebäude erörtert.

Carlo Thissen

Seminar des Sektors Eisenbahnen

Kaninchen in Clerf *



Am 6. und 7. Dezember 2012 fand unser traditionelles, am Ende des Jahres stattfindendes Seminar in Clerf, im „Hotel International“, statt. Das Motto: „Gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit einmal anders!“

Eingeladen hatten wir dafür Wolfgang Nafroth. Nafroth führt gemeinsam mit 5 anderen Kolleg/inn/en eine Firma, die sich „PR- und Kommunikationsberatung“

nennt. Diese berät, im Prinzip, linke Gewerkschaften und Parteien in ihrer Kommunikationsarbeit. In seiner Einleitung spiegelte Nafroth ein Bild der Gewerkschaftsarbeit wie wir es leider nur zu oft kennen wieder: persönlicher Einsatz von Gewerkschaftsmitgliedern, meistens aber nur mit geringem Erfolg, die wichtige Botschaften an den Mann oder die Frau im Betrieb bringen sollen. Sein Lösungsvorschlag: weg von sturen Schemen und hin zu mehr Phantasie und Mut bei Aktionen. Mit Beispielen

und Fotoprojektionen brachte Nafroth es fertig uns zwei Tage in seinen Bann zu ziehen. Die 25 Teilnehmer waren größtenteils begeistert. Skeptisch war man aber trotzdem: werden diese etwas unüblichen Methoden von Gewerkschaftsarbeit und -aktionen auch im „zurückhaltenden“ Luxemburg funktionieren? Dafür gibt es nur eine Antwort: probieren geht über studieren!

*Lasst euch den Titel von den Teilnehmern erklären

Règlement des émoluments

Le personnel est informé, que pour l'exercice 2013, les comptes-courants auprès des instituts financiers seront crédités des traitements, pensions, salaires et primes selon le calendrier des dates valeur ci-dessous:

Dates valeur crédit des émoluments:

- mercredi, le 30 janvier 2013
- mercredi, le 27 février 2013
- jeudi, le 28 mars 2013
- lundi, le 29 avril 2013
- jeudi, le 30 mai 2013
- jeudi, le 27 juin 2013
- mardi, le 30 juillet 2013
- jeudi, le 29 août 2013
- vendredi, le 27 septembre 2013
- mercredi, le 30 octobre 2013
- jeudi, le 28 novembre 2013
- lundi, le 30 décembre 2013

Les bulletins de paie parviendront aux services d'attache, en principe, trois jours ouvrables avant le dernier jour de travail de chaque mois.

Chargé de Gestion,
Gilbert Schock

TICE

„6 Tage-Arbeitswochen“ sind unakzeptabel!

Entgegen allen gemachten Versprechen und Zusagen sieht sich die Fahrdienstleitung derzeit gezwungen bei der Schichtplanung, vermehrt Wochendienste mit 6 Arbeitstagen zu vergeben. Bei den Stagiaren und den Kollegen in der Reserve geschieht dies auch in sich aufeinander folgenden Wochen, was unweigerlich die Missachtung der EU-Direktive 561/2006 zur Folge hat.

Dieser Zwang zu Überstunden ist das logische Ergebnis des Fahrermangels der sich aus der bisherigen Nichtumsetzung der Audit Berechnung zum Personalbedarf ergibt.

Die Ursachen sind bekannt

Die Fakten sind eindeutig. In unserem Land besteht die 40 Stunden Woche als Regelarbeitszeit. Laut dem Funktionsstatut sind Überstunden nur in Ausnahmefällen zugelassen. Ihre systematische Einplanung, über Wochen oder gar Monate hinaus, ist rechtlich nicht vorgesehen. Sowohl juristisch wie moralisch ist es völlig inakzeptabel, dass ein öffentlich-rechtlicher Betrieb, der in Punkto Respekt der gesetzlichen Bestimmungen eine vorbildliche Rolle spielen müsste, eine derartige Praxis duldet.

Dank der Audit-Studie, verfügen wir nun über eine akzeptierte Berechnungsmethode für den Personalbedarf. Man braucht immer nur die aktuellen Daten (Invalide, Surveillants, etc.) einzufügen und man erhält eine klare und logisch nachvollziehbare Bezifferung der benötigten Busfahrer. Unsere Berechnung mit dieser Methode hat



eine deutliche Differenz zum bestehenden Fahrereffektiv ergeben. Die Differenz besteht in der Zahl von 8 Fahrern, die dem Fahrdienst derzeit objektiv im Effektiv fehlen (der Personalbedarf zum Abbau der noch ausstehenden 9500 Urlaubstage aus vorherigen Jahren und der Stellenwert der 12 Fahrer in Zeitverträgen, haben wir an dieser Stelle bewusst ausgeklammert). Die Fakten sind klar und deutlich. Es existiert keinerlei Mysterium mehr was die Gründe für den permanenten Bedarf an Überstunden beim TICE angeht.

Die Fahrdienstleitung erklärt dazu, dass das Fahrereffektiv, als politische Entscheidung nicht in ihrer Kompetenz läge. Was die höhere Ebene betrifft, heißt es dann: „Auch das Präsidium ist momentan nicht in der Lage, mit der P.V. zusammenzukommen um über eine Diskussion das Problem einer Lösung zuzuführen“, wie es lapidar in einem Aushang des Ausschusspräsidenten vom 6.12. formuliert wurde. Konkret bedeutet das wohl, dass es vielleicht noch zwei Monate dauern kann bis das TICE-Büro vielleicht das Bedürfnis verspürt dieses Thema mit dem Ausschuss zu diskutieren. Und dann kann es vielleicht nochmals einige Monate in Anspruch nehmen bis die etwaigen Entscheidungen umgesetzt

werden! - Das kann doch wohl nicht Euer ernst sein Kollegen!

Den notwendigen Druck erzeugen

Der vorherige Ausschuss, unter Führung der FNCTTFEL, hatte im Februar 2011 beim damaligen Präsidenten durchgesetzt, dass der TICE bei akutem Bedarf, umgehend Fahrer in Zeitverträgen, sozusagen „provisorisch“ einstellen kann. Diese könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt problemlos als Funktionäre regulär übernommen werden. Das Innenministerium hatte diese Vorgehensweise akzeptiert um die Formalitäten der Einstellung zu verkürzen, und so konnten damals im Schnellverfahren 12 Fahrer in Zeitverträgen eingestellt werden. Wenn der politische Wille besteht Fahrer einzustellen, dann könnte man problemlos für den Jahresanfang, zwei, drei oder gar fünf Fahrer ihren Dienst in einem „contrat à durée déterminé“ antreten um den aktuellen Mangel zu beheben. Auf der Warteliste stehen genügend freiwillige Kandidaten die bereit wären schnellstmöglich anzutreten.

Alleine die Bereitschaft der Personalvertretung den entsprechenden Druck auszuüben wird letztendlich

darüber entscheiden, wann und wie viele weitere Fahrer der TICE einzustellen gedenkt. Bürgermeister sind Realpolitiker die immer die für sie kostengünstigste Lösung bevorzugen. Ohne den entsprechenden Druck der P.V. wird sich darum nichts im Interesse der Belegschaft bewegen. Damals, vor fast 2 Jahren, hatte der Landesverband nicht gezögert den Entscheidungsträgern die „rote Karte“ zu zeigen und unsere Verbandsleitung hatte in Telefonaten und Aussprachen dem Präsidium mitgeteilt, was unvermeidbar auf sie zukäme wenn kein akzeptabler Kompromiss gefunden würde. Das Resultat erfolgte damals prompt. Neben den zwölf CDD's, wurden dann nochmals zehn Fahrer über das normale Examen und dann noch einmal 2 weitere als Ersatz für Abgänge vor Jahresende eingestellt. Insgesamt wurden 24 Neue Fahrer im Jahr 2011 rekrutiert. Davon kann man heute nur noch träumen. Die damaligen Resultate waren das Ergebnis eines Kräfteverhältnisses, das durch die resoluten Initiativen des Landesverbandes entstanden war. Auch das „Audit“ war eine Konsequenz davon. Heute versucht das TICE Patronat sich vor den Konklusionen zu drücken und das Errungene langsam aber stetig auszuhöhlen. Die Personalvertreter des Landesverbandes im Ausschuss werden auf jeden Fall alles daran setzen um zu verhindern, dass die damals von ihnen durchgesetzten Vereinbarungen und Vorgehensweisen, mit denen spürbare Verbesserungen erreicht wurden, jetzt sang und klanglos den „Bach runter gehen“.

Alain Sertic

Interna

Bücherkontrolle

Wie schon in den letzten Jahren bietet die Kontrollkommission auch für das Jahr 2013 den Kassierern die Mög-



lichkeit, ihre Kassenbücher im Casino Syndical in Bonneweg überprüfen zu lassen.

Folgende Daten sind hierfür vorgesehen, jeweils zwischen 17.00 und 18.30 Uhr (2. Stock):

- Montag, 7. Januar 2013
- Montag, 14. Januar 2013
- Montag, 21. Januar 2013
- Montag, 28. Januar 2013

Die Kontrollkommission macht die Verantwortlichen der jeweiligen Generalversammlungen darauf aufmerksam, dass ihr die Daten der Generalversammlungen offiziell in einer diesbezüglichen Einladung mitzuteilen sind.

Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass der „Bericht der Kontrollkommission“ offizieller Punkt der Tagesordnung einer jeden Generalversammlung sein muss.

Die Kontrollkommission

Beim TICE

Generalversammlung der „Trambahner Selbsthilfe“

Auf der diesjährigen Generalversammlung der Protokollkasse, die am 2. Dezember 2012 stattfand, konnte erneut eine positive Bilanz gezogen werden. Nach einer Ansprache durch den Präsidenten Patrick Schneider, konnte der Kassierer Alain Simon, den versammelten Mitgliedern für das Geschäftsjahr 2012 einen Überschuss von 7'227,51€ mitteilen. Damit beträgt der Kassenstand nun insgesamt 82'572€. Eine beachtliche Summe, die seit Jahren kontinuierlich anwächst.

Die jährlichen Mitgliedsbeiträge und vor allem die Einnahmen aus den Getränke- und Snackautomaten haben der TSH des TICE eine solide finanzielle Kapitalbasis ge-

sichert. Dem gegenüber halten sich die Ausgaben bei den Busgeldern in bescheidenen Grenzen. 2012 waren es nur 7 polizeiliche Verwarnungen, was in Anbetracht der gefahrenen Kilometerleistung, verdeutlicht wie gewissenhaft sich das TICE Personal im Strassenverkehr benimmt.

Sehr positiver Kassenstand

In seinem Rechenschaftsbericht konnte der scheidende Sekretär, Marco Graser ebenfalls auf ein gelungenes Jahr zurückblicken.

Aufgrund des sehr positiven Kas- senstandes schlug er der General- versammlung vor, dass die Ab- scheidsprämie beim Eintritt in den Ruhestand zukünftig 100% des seit dem 1.1.98 eingezahlten Mit- gliedsbeitrages ausmachen soll. Dieser Vorschlag wurde angenom- men.

Im Namen des Vorstandes, über- reichte der Vizepräsident Alain Sertic, dann zum Dank dem scheidenden Präsident Patrick Schneider und dem Sekretär Marco Graser eine „Corbeille“. In der Tat haben die beiden, nach langen Jahren konstruktiver Tätigkeit im Vorstand, beschlossen, sich aus der aktiven Arbeit der TSH zurück zu ziehen. Im Namen aller Tram- bahner danken wir Ihnen von dieser Stelle aus nochmals für ihren exemplarischen Einsatz. Als Sie diese Verantwortung vor Jahren übernahmen, befand sich die Pro- tokollkasse des TICE in einer exis- tenziellen Krise, 14 Jahre später befindet sich der Kassenstand in nie da gewesen Höhen. Das sagt wohl alles. Der Vorstand wird Mitte Januar über die Nachfolge und die Neubesetzung dieser Posten entscheiden.

Alain Sertic

Ein traditioneller Brauch

Nikolausbescherung beim TICE



Wie alle Jahre fand auch dieses Jahr wieder eine Nikolausbescherung für die Kinder der Mitglieder unserer Betriebssektion beim TICE statt. Dieses Jahr besuchte der Nikolaus, begleitet von seinem Knecht dem „Houseker“ unsere Kleinen in ihrem Zuhause. Für Alle gab es einen schönen Teller mit

Süßigkeiten, aber auch manchmal eine Rute und einige Ermahnungen für das zukünftige Verhalten. Allgemein wurde unser Nikolaus sehr herzlich empfangen und die Kinder versprochen ihm ab nun immer folgsam zu sein. Im nächsten Jahr wird der Nikolaus dann bestimmt wieder vorbei schauen.

Aufruf zum 50-jährigen Jubiläum

Werte Kollegin, werter Kollege,

2013 feiert der Sektor Öffentlicher Dienst sein 50-jähriges Jubiläum. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir würden uns freuen, wenn jede/r welche/r Material über den Sektor hat, (Artikel, Fotos, usw.) uns dieses zukommen ließe. Natürlich erhalten Sie dieses Material unversehrt zurück.

Melden können Sie sich an der Telefonnummer 48 70 44-26 /-27 oder secteur-public@landesverband.lu.

Vielen Dank im Voraus,
Yannick Jacques, Präsident des Sektors



Die Pensionsempfänger danken

Et geet elo duer!

Diese Aussage des Kabarettisten Jemp Schuster trifft vollends zu, auf das Polittheater das wir in letzter Zeit erleben mussten. An sich könnten wir ja zufrieden sein, wenn die Politiker uns gratis ihre Shows präsentieren.

Leider ist die Show nur gratis, die politischen Entscheidungen die dabei getroffen, oder nicht getroffen werden, belasten unsere Brieftasche, verstärken die soziale Krise und schaden der Demokratie.

Abschaffung des Spitzeldienstes ...

Dies gilt auch für den Spitzeldienst der augenblicklich in der Diskussion ist. Angesichts der angeblichen Bespitzelung von Parteien und freien Gewerkschaften, durch den Geheimdienst, stellt sich nämlich die Frage ob unser Land oder der CSV-Staat mitsamt den Privilegien einer bestimmten Oberschicht geschützt werden soll? Nach der Pressekonferenz von Staatsminister Juncker sind wir nicht klüger geworden. Denn anders als in einem guten Kabarett wurden hier keine Tatsachen offen gelegt. Vielmehr versuchte Herr Juncker abzulenken und zu verschleiern, mit u.a. dem Argument, die Tätigkeit

des Geheimdienstes sei geheim und deshalb könne er dazu nichts aussagen.

Auf Grund der Aussagen bei der Pressekonferenz von Herrn Juncker sowie den periodisch wiederkehrenden unrühmlichen Schlagzeilen über den Spitzeldienst, muss man ernsthaft bezweifeln, dass der eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss Licht in diese Affäre bringt. Deshalb gehört der Spitzeldienst abgeschafft, weil er unkontrollierbar ist, viel Geld kostet und dem Land mehr schadet als nutzt.

Mit der Abschaffung des Spitzeldienstes könnten auch Haushaltsmittel eingespart werden, die an anderer Stelle weit sinnvoller verwendet werden könnten. Dieser Vorschlag müsste eigentlich in den Ideenwettbewerb zum Sparen hineinpassen, zu welchem unser Staatsminister aufgerufen hat. Auch die Beamten des Spitzeldienstes könnten sinnvoll weiterbeschäftigt werden. Aus früheren Stellungnahmen der Steuerbeamten wissen wir, dass es bei der Steuerverwaltung an Kräften mangelt um vor allem die Betriebssteuern korrekt und zeitgerecht zu berechnen und einzutreiben. Die Spitzeldienstbeschäftigten könnten hier eine wertvolle Aufgabe erfüllen, indem sie mithelfen würden

die Steuerschlupflöcher zu stopfen und die Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen.

Anstatt unliebsamer Weihnachtsgeschenke!

Wie obiger Vorschlag verdeutlicht, sind wir bereit die Regierung beim sinnvollen Sparen und Eintreiben zusätzlicher Steuermittel zu unterstützen. Wir wehren uns aber vehement dagegen, wenn am falschen Ende gespart wird und wenn wichtige soziale Errungenschaften dem Sparziel zum Opfer fallen. Die Art von Weihnachtsüberraschungen mit welchen die Regierung diesmal, auf völlig unchristliche Art und Weise, die Arbeitnehmer und die Pensionierten beglücken will, lehnen wir ab. Vor allem die pensionierten Kolleginnen und Kollegen sind dazu auserkoren einen völligen unsinnigen Sozialabbau zu erleiden.

Bekanntlich ist vorgesehen die Preise im öffentlichen Transport ab dem nächsten Jahr zu erhöhen. Diese Erhöhungen sind in transportpolitischer Hinsicht kontraproduktiv, da sie zu einem Zeitpunkt erfolgen wo der öffentliche Transport gefördert werden soll und ein Quantensprung zur Verbesserung des Transportangebotes auf sich warten lässt. Sie sind aus sozialen Erwägungen abzuleh-

nen da sie viele Minderbemittelte belasten, die auf den öffentlichen Transport angewiesen sind. Durch diese Erhöhung werden auch die Bezüge der Aktiven und Pensionierten nicht früher an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst, da der automatische Inflationsausgleich außer Kraft gesetzt wurde. Die Erhöhungen werden unterschiedlich ausfallen. So soll der Preis der Einzelfahrkarte um 33%, von 1,5 auf 2 Euro ansteigen, die Jumbo Karte für Jugendliche wird um 50% teurer, ihr Preis steigt von 50 auf 75 Euro, und die Seniorenkarte für ältere Menschen, ab 60 Jahre, wird um 100% teurer und wird demzufolge in Zukunft 100 statt 50 Euro kosten.

Außer einer verspäteten Anpassung der Pensionen an die Lebenssteuerung, müssen die pensionierten Kolleginnen auf die am 1. Januar 2013 geschuldete Anpassung ihrer Bezüge an die allgemeine Entwicklung der Löhne und Gehälter verzichten. Die Abgeordneten-kammer hat nämlich am vergangenen 5. Dezember der viel umstrittenen Pensionsreform zugestimmt. Das für uns wichtige Prinzip, der parallelen Entwicklung der Pensionen mit den Löhnen und Gehältern, wird mit dieser Reform abgeschafft. In Zukunft werden die Pensionen nur mehr integral an

die Lohnentwicklung angepasst wenn die laufenden Einnahmen genügen um die laufenden Ausgaben der Pensionskasse zu decken. Andernfalls wird das Ajustement halbiert oder noch weiter gekürzt. Obschon augenblicklich die laufenden Einnahmen der Pensionskasse die laufenden Ausgaben bei weitem übertreffen und obschon die Reserven der Pensionskasse prall gefüllt sind, hat die Abgeordneten-kammer, auf Wunsch der Regierung, gleichzeitig mit der Reform, das für 2013 fällige Ajustement definitiv annulliert.

Zu den unliebsamen Bescherungen welche die Regierung den Pensionierten zumutet, gehört auch die Kürzung der sogenannten „Mammerent“. Wir müssen deshalb den Regierenden im neuen Jahr, gemeinsam mit den Aktiven, klarmachen, dass wir der Sozialabbaupolitik überdrüssig sind, dass wir eine andere Politik wollen. Eine Politik die Arbeitsplätze schafft und soziale Gerechtigkeit garantiert.

In dem Sinne wünschen wir allen aktiven und pensionierten Kolleginnen und Kollegen frohe Festtage sowie ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr.

Nico Wennmacher

Jugend

Zur verabschiedeten Pensionsreform

Kopfnickend danken? - Nein, Danke!

Wir haben es geahnt. Und es wurde Wirklichkeit. Mit den Stimmen der Majorität konnte die Pensionsreform durchgesetzt werden. Dazu muss man differenzieren: nicht alle Parlamentarier, die gegen die Pensionsreform gestimmt haben sind aus Überzeugung und sozialem Hintergedanken dagegen. Manchen geht die Reform (noch) nicht weit genug. Wahnsinn! Der Beginn des Abbaus des sozialen Friedens wurde am Mittwoch, den 5. Dezember 2012 eingeläutet. Ein schöneres Weihnachtsgeschenk konnte man sich wohl nicht ausmalen.

Zur großen Enttäuschung aller Gewerkschaften wurde die Pensionsreform mit den Stimmen der CSV und LSAP gestimmt, dies mit einer Gegenstimme auf Seiten der „sozialen Christen“ und einer Enthaltung der „sozialistischen Arbeiterpartei“. Was aber nun den sozialen Geschmack jener Parteien, vor allem aber den sozialen Abgeordneten, angeht, darüber lässt sich wahrhaftig diskutieren. Es ist bedauerlich, dass man überhaupt von diskutablen Politikern berichten muss, denn eigentlich müssten diese längst eingesehen haben, dass der einzige Verbündete in Sachen Arbeits- und Lohnpolitik, den sie noch haben, die Gewerkschaften, besonders jene des linken Flügels, sind.

Man, sprich die politische Klasse, will aber von den Gewerkschaften nichts hören, geschweige denn ihren Forderungen nachkommen. Erstaunlicherweise gab es bei dieser Abstimmung nur eine einzige Partei, die den konsequenten Kurs der Gewerkschaften begleitete, nämlich *déi Lénk*. Von den anderen Parteien, bedauerlicherweise auch jenen des sogenannten linken Flügels, die ihre sozialen Fähigkeiten immer besonders zu betonen pflegen, kamen nur lahme Argumente



jungealternative.ch

zugunsten der Reform. Ganz zu schweigen von jenen Politikern, die diese Reform als Reförmchen zu betiteln wagten.

Die Gretchenfrage der Politiker: meine Herkunft

Man muss dazu unbedingt ein Wort über Politiker verlieren, die einst ihre Wurzeln in den Gewerkschaftskreisen schlugen. Heute sind diese Herren (denn die Frau, die mutige Linkspolitikerin, die zeigte wo die Post abgeht, gab ihr Mandat in der Abgeordneten-kammer auf) mächtige Politiker, die ihre Wurzeln entweder vergessen oder gar ganz aufgegeben haben. Dabei haben viele noch Mitgliedskarten bei verschiedenen Gewerkschaften. Trauten sie sich noch anlässlich der Pensionsreform auf dem *Clairefontaine's*-Platz in der

ersten Reihe zu stehen und gegen die Reform zu wettern, so wurden sie bei der Abstimmung im politischen Kämmerlein schwach. Einer traute sich gegen das Vorhaben zu stimmen, ein anderer enthielt sich, die anderen waren dafür.

Traurig mussten wir als Gewerkschafter mit ansehen wie unser Kampf gegen diese Reform, die unsoziale, verloren gegangen ist. Mit den Stimmen „unserer“ Leute. Aber es muss gesagt werden. Jemand, der sich sozial gibt, Mitglied einer Gewerkschaft ist, die sich offensichtlich für den sozialen Frieden und vehement gegen Sozialdumping einsetzt, der müsste sich bei einem solchen Projekt seiner vollen Verantwortung bewusst sein. Von jenen Politikern hätte man sich nur eine Entscheidung erwartet: das Nein!

Parlamentarischer Unsinn

Die Enthaltung in solchen wichtigen und zukunftsorientierten Dossiers ist eine wahrhaftige parlamentarische Katastrophe. Auf der Politbühne dürfte es im Großen und Ganzen die Enthaltung überhaupt nicht mehr geben. Entweder ist man für oder gegen etwas. Dazwischen gibt es nichts. Sich zwischen dem „Ja“ und dem „Nein“ zu bewegen, ist purer Opportunismus. Als Politiker hat man damit ein leichtes Spiel, denn man kann immer gleich argumentieren: „Ich war doch nicht dagegen!“ oder „Ich war doch nicht dafür!“ Was soll eine solche Haltung? Ist man dafür vom Volk gestimmt worden? Man wagt stark daran zu zweifeln.

Es scheint jedenfalls so zu sein, als hätten die jeweiligen Fraktio-

nen ihre Finger im Spiel. Den Abgeordneten wurde ins Gewissen geredet. Eine freie Entscheidung kann es *expressis verbis* nicht gewesen sein, denn sonst hätten womöglich verschiedene Abgeordnete anders abgestimmt, nämlich aus dem Herzen, aus ihrer echten politischen Überzeugung heraus. Dies hätte das zugezogene Resultat wohl stark beeinträchtigt.

Die Jugend bedankt sich jedenfalls nicht! Sie ist empört über so viel Selbstsicherheit und Selbstherrlichkeit. Ein System einzuführen, das eine Einschätzung über 40 Jahre hinweg voraussehen soll, ist nicht klug. Wer weiß, was in 40 Jahren sein wird? Herr Frieden konnte nicht einmal die richtigen Zahlen über ein Jahr voraussagen, und nun wagen wir es mit 40 Jahren zu versuchen. Die Jugend ist es Leid einfach nur zusehen zu müssen, was ihr in Zukunft blüht. Schuften und arbeiten was das Zeug hält. Dies zwischen Hoffen und Bangen, dass die Gesundheit mitspielt.

Die Fragen häufen sich

Ist man sich dem Ausmaß der Reform bewusst? Wie sieht es aus mit Fliesenlegern oder Dachdeckern, die sich mit über 60 Jahren noch bücken bzw. aufs Dach klettern müssen? Provoziert man da nicht fahrlässig Arbeitsunfälle mit mehr oder weniger schweren Folgen? Von Schichtarbeitern ganz zu schweigen, auch wenn man angeblich an diese gedacht haben soll. Ist das die Antwort auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen? Hält man „ältere“ Arbeiter länger auf dem Markt? Die Antwort darauf liegt auf der Hand: damit werden Jugendliche noch länger auf der Suche nach einer Arbeitsstelle sein, *ergo* wird die Jugendarbeitslosigkeit mit Sicherheit nicht schrumpfen. Das Gegenteil wird wohl der Fall sein! Na dann...*ad multos annos*.

Frank Gilbertz
Präsident der Jugendabteilung

Vereinigung Kleinbetingen-Mamer

Eine Premiere: Flusscroisière auf dem Rhein



Erstmals findet die traditionelle jährliche Reise der Vereinigung Kleinbetingen-Mamer in Form einer 6tägigen Flusscroisière auf dem Rhein statt und zwar vom 30. August bis zum 4. September 2013.

Das Abholen bzw. die Rückführung von/nach dem Wohnort geschieht auf der gängigen Route. Die Hin- und Rückreise nach Straßburg, dem Abfahrtsort des 2012 neubauten Schiffes, erfolgt per Bus.

In der Kurzfassung sieht das Programm folgendes vor:

Flussfahrt von Straßburg nach Koblenz und zurück mit geführten Besichtigungen mit Bus (fakultativ) der Städte Mainz, Koblenz, Worms, Mannheim, Heidelberg

und Speyer. Der Teilnehmerpreis für Vereinsmitglieder und deren Angehörigen ist folgendermaßen festgelegt:

Kabinen	
Hauptdeck	
Einzelkabine	1.065.-
Doppelkabine	675.-
Mitteldeck	
Einzelkabine	1.248.-
Doppelkabine	857.-
Oberdeck	
Einzelkabine	1.371.-
Doppelkabine	981.-

Nichtmitglieder unserer Vereinigung zahlen einen Aufpreis von 60 Euro.

Eingeschlossene Leistungen

- Abholdienst von Zuhause und zurück
- Fahrt im modernen Bus Altmann Mamer-Straßburg-Mamer
- sämtliche Hafen- und Schleusengebühren
- Schiffsreise mit 5 Übernachtungen in der gebuchten Kabinenkategorie
- Begrüßungs- und Abschiedscocktail an Bord
- Vollpension (Buffetfrühstück, Mittagessen und Abendessen beginnend mit dem Abendessen am ersten Tag und endend mit dem Frühstück am letzten Tag)

- Festliches Galadinner
- Reiserücktrittsversicherung
- Trinkgelder für Busfahrer und Bordpersonal
- Reisebegleiter im Bus und auf dem Schiff
- Getränke während der Mahlzeiten an Bord (Flaschenweine, Bier, Fruchtsäfte, Wasser und 1 Kaffee)
- Busausflug nach Heidelberg (die Besichtigungen mit Bus sind fakultativ, außer der Fahrt nach Heidelberg)
- Jeden Abend live Tanzmusik mit dem bekannten Duo „Los Figaros“

Das Angebot besteht aus Außenkabinen mit Fenster. Sie sind mit Dusche/WC, Föhn, Hausteleson, Fernseher, Safe, individuell regulierbarer Anlage und Heizung ausgestattet. Das Schiff „MS Gerard Schmitter“ ist exklusiv für Luxemburger reserviert.

Alle Teilnehmer erhalten weitere Informationen während der Hinreise.

Gültiger Personalausweis oder Reisepass ist erforderlich.

Einen Vorschuss von 300€/Person ist spätestens bis zum 5. März 2013 auf das Vereinigungskonto der Assoc. KLB-Mamer BCEE LU39 0019 2800 0582 4000 zu überweisen. Die Restzahlung ist vor dem 25. Juni 2013 zu tätigen.

Bei begründeten Abmeldungen wird ein Betrag von 30 € zurückbehalten.

Der Verwaltungsrat
der Vereinigung
Kleinbetingen-Mamer

Achtung!

Auf der von der Vereinigung organisierten Adventsfeier wurden sämtliche 25 in Vorbuchung zur Verfügung gestellten Kabinen belegt.

Nach weiteren Verhandlungen mit Neptun Cruises sind weitere Kabinen noch verfügbar:

Hauptdeck: 1 Einzel- und 1 Doppelkabine

Oberdeck: 1 Doppelkabine

Interessenten sollen sich sofort beim Reiseleiter Arendt Marcel Telefon 31 88 46, Mobiltelefon 691 31 88 46 oder Fax 26 31 11 46 oder E-Mail marendt@pt.lu melden.

Dieser steht außerdem zur Verfügung für zusätzliche Informationen. Weitere Anmeldungen können an Trausch Fränk Mobiltelefon 661 36 84 46 oder Buchette René Mobiltelefon 621 14 88 19 getätigt werden.

Redaktionsschluss für die nächste Nummer des

„Le Signal“

Donnerstag, 3. Januar 2013

Vereinigung Kleinbetingen-Mamer

Adventsfeier 2012



Seit nun fast 20 Jahren pflegt die Vereinigung Kleinbetingen-Mamer die Tradition jedes Jahr eine Adventsfeier für seine Mitglieder und deren Bekannten zu organisieren. Der Titelname hat eher nur Leihgabencharakter, nur das Datum stimmt allemal.

Genau eine halbe Hundertschaft Adepten waren dem Aufruf des Vorstandes gefolgt um einen gemütlichen und unterhaltsamen Nachmittag zu verbringen.

Alle Teilnehmer kamen auf ihre Kosten, sei es beim Schlemmen eines üppigen Mittagessens, beim Bingospielen, oder sei es bei interessanten Gesprächen unter Gleich-

gesinnten, wo vorwiegend die Kommentare über die von der Regierung verhängten sozialen Maßnahmen für Pensionierte und Witwen im Fokus der Unterhaltung standen.

Mitgarant für das Gelingen dieser Feier war sonder Zweifel die Familie Erny und Céline Becker, die für einen schmuckhaft ausgerichteten Nachtisch, vorwiegend aber für eine stimmungreiche Dekoration des Saales und der Tische, Pate standen.

Bei der Bekanntgabe des nächstjährigen Ausflugs wurden die zahlreich interessierten Teilnehmer mit einem ungewöhnlichen Vorschlag überrascht: Die Tour 2013 wird erstmals mit einer 6tägigen Schiffahrt auf dem Rhein organi-

siert. Sagen wir es gleich: Die 25 in Vorreservierung genommenen Kabinen gingen weg wie warme Semmel. Durch eine Telefonkonferenz mit dem Organisator „Neptun Cruises“ konnten sämtliche Wünsche in Bezug auf Kabinenplätze genauestens erfüllt werden.

In einer nächsten Signalausgabe wird die Vereinigung nur noch ein spärliches Angebot von wenigen zusätzlichen Kabinen machen können. Noch etwaige Interessierte müssen sich schnell entscheiden!

ARMA

Vereinigung Luxemburg

Jubilarenfeier 2012

In der nächsten Nummer des „Le Signal“ werden wir ausführlich über diese Feier berichten und die Namen der Jubilaren auflisten.



Infobox

Jene Jubilare, die nicht an der Feier teilnehmen konnten, können ihre Urkunde und ihr Geschenk im Vorstandsbüro 2. Stock in der Kooperative Bonneweg von 9.00 - 12.00 bzw. von 14.00 - 17.00 Uhr bis zum 31. Januar 2013 abholen.

Lëtzebuenger Gaarde
Bunn Frënn Berdorf
Modell-Tauschbörse

Sonndes, de
27. Januar 2013

10.00 - 17.00 Auer

Centre Culturel „A Schmadd“
zu Berdorf

Entrée: 2,50€

Spielverderber!

Laizismus und Republik

„Es ist eindeutig an der Zeit, dass wir lernen, unsere emotionalen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne uns dem Absurden hinzugeben. Wir müssen Mittel und Wege finden, uns auf die Kraft des Rituals zu berufen und die Übergänge, die in jedem Menschenleben nach Tiefgründigkeit verlangen – Geburt, Hochzeit, Tod –, so zu vollziehen, dass wir uns dabei nicht mehr über die wahre Natur der Dinge in die eigene Tasche lügen. Erst dann wird die Erziehung unserer Kinder zu dem Glauben, dass sie Christen, Muslime oder Juden seien, weitgehend als das erkannt werden, was sie ist: eine aberwitzige Schamlosigkeit.“

Sam Harris



Beginnen wir diesen mit Absicht provokanten Artikel mit einigen Auszügen aus der Feder des vorzüglichen deutschen Schriftstellers und Drehbuchautors Erich Kästner. In seinem „Zeitalter der Empfindlichkeit“ und heuer in den Kontext der Diskussion um unsere Monarchie bestens passend, eine Monarchie, die nach der Meinung einer durchaus beachtlichen, Zitat Jean-Louis Schlessler (Le Jeudi vom 25. Oktober 2012), gar enormen Zahl Marienländer Wahlvolkes (...pas loin d'un tiers de la population votante s'est récemment déclarée républicaine. Pour ce pays, c'est énorme!) längstens durch die einer modernen Demokratie eigentlich würdigen Staatsform der Republik, genauer einer laizistischen Republik, ersetzt gehört, beschreibt der zitierte Schriftsteller Erich Kästner die Wichtigkeit von Spielverderbern. Wenn nämlich am kommenden Sonntag einer dieser Spielverderber, in diesem Falle ein Fußballkapitän, erklären würde, „Wir spielen heute mit fünfzehn Mann“, würde man ihn auslachen. Beharrte er auf seinem Standpunkt, so brächte man ihn in die psychiatrische Klinik. Wenn sich nun allerdings das Fünfzehn-Mann-System aufgrund von Überlegungen und Zufällen, etwa in fünfzig Jahren, durchsetzen würde und dann ein Fußballkapitän deklarieren würde, „Wir spielen ab heute wieder mit elf Mann“, würde man ihn zu-

nächst auslachen. Beharrte er jedoch auf seinem Standpunkt, ab ins Irrenhaus. Dieses Beispiel soll zweierlei veranschaulichen. Einmal: Spielregeln sind unantastbar. Zum andern: Spielregeln wandeln sich, indem man sie antastet! Das gilt nicht nur für Fußballklubs, sondern für jede Gemeinschaft. Das Zusammenleben - im Staat, in der Sippe, in der Partei, in der Gewerkschaft, im Verein usw. - ist ohne Spielregeln unmöglich. Deshalb hasst man die Spielverderber weit mehr und fanatischer als die Falschspieler. Denn die Falschspieler betrügen zwar, aber sie tun es „regelrecht“, im bestehenden System, innerhalb der Norm. Doch wenn jemand auftaucht und behauptet, die Monarchie sei eine überholte, abgetakelte Staatsform oder gar, die Erde drehe sich um die Sonne, muss er gewärtigen, dass man ihn verbrennt. Eines Tages allerdings werden seine Thesen die neuen Spielregeln bestimmen. Die Gemeinschaften merken nicht, wenn und wann ihre Konventionen altern. Sie merken's auch nicht, wenn diese mausetot sind! Und die Repräsentanten der Gemeinschaften? Sie wollen es nicht merken! Sie verteidigen die Totems und Tabus mit Krallen und Klauen, mit Bann und Acht. Jene Männer, die mit dem Finger auf das Welken und Sterben der alten Regeln zeigen und neue, lebendige Regeln fordern, sind ihre natürlichen Feinde. Swift, Goya, Voltaire, Lessing, Heinrich Heine, Bruno

usw. waren solche Männer. Sie gewannen den Kampf. Aber erst nachdem sie gefallen (oder verbrannt) waren. Solche ehrlichen Männer, die nichts als ihre eigene Sprache reden, sind rarer als vierblättriger Klee.

Auf den sechsten Herrscher der Nassau-Weilburg-Dynastie soll einmal der siebte folgen, dessen Hochzeit auf Staatskosten, die von vielen im Ländchen heftig kritisiert wurde, fulminant gefeiert wurde. Und wehe, die ewigen Spielverderber erdreisten sich, etwa im Tone Maître Gaston Vogels oder anderer, eben dieser Kaste der Spielverderber, sich negativ zu äußern. Auch nur „ee klunge Klubbchen“ (visiert waren die engagierten Atheisten von aracy.lu), wie der selbstredend und vom Feste bestens profitierende, sich immer mehr profilierende Jesuitenerzbischof Hollerich auch diese Republikaner (eine neue Partei im Lande?) oder sonstige Querulanten und AHA-Anhänger, meint Spielverderber laizistisch-atheistischer Spezies, wohl bezeichnen würde? Ee klunge Klubbchen von Spielverderbern also, jene Querköpfe, die durch ihr Verhalten, ihre Stimmung, anderen, die Freude an etwas nehmen, so in etwa der Duden. Doch zum eigentlichen Thema dieses Beitrages, dessen Überschrift eigentlich Laizismus und Republik sein sollte - nur: das interessante Büchlein des brillanten Erich Kästner, das dem Zeilen-

Sam Harris (*1967) ...

... ist ein US-amerikanischer Philosoph, Neurowissenschaftler, Schriftsteller und gefragter Debattenredner. Er ist besonders bekannt für seine These, dass Fragen der Ethik mit naturwissenschaftlichen Methoden untersucht werden können und sollten. Neben Richard Dawkins, Daniel Dennett und dem 2011 verstorbenen Christopher Hitchens gehört Harris zu den gegenwärtig bekanntesten Atheisten.

schreiber beim Wühlen in alten Büchern in die Hände viel, wurde zum, in diesem Falle positiven - Spielverderber. Doch bestens zum Thema passend. Laizismus, oder Laizität, beschreibt religionsverfassungsrechtliche Modelle, denen das Prinzip strenger Trennung von Kirche und Staat zugrunde liegt. Eine Utopie im Marienland? Auch wenn nach letzten Umfragen 66 Prozent der befragten Bevölkerung für eben diesen Laizismus sind? Wo bleibt die politische Konsequenz, wo bleibt die LSAP? Dann die Staatsform der Republik. Die sozialistische Abgeordnete Vera Spautz brachte den Grundgedanken dieses tagesblatt-Artikels jedenfalls mit ihren Aussagen in der Revue auf den Punkt. Zu „Pro & Contra Monarchie“ war ihr Statement klar und deutlich, Zitat: „Die Abschaffung der Monarchie sollte gleichzeitig mit der Trennung von Kirche und Staat vollzogen werden, denn beide „Überbleibsel“ haben sich aus Zeiten, in denen sie Obrigkeitsdenken und Untertanengeist verkörperten, hinübergerettet.“ Sehr richtig!

Und, ergänzend bemerkt, siehe einleitendes Zitat von Sam Harris, die Zeit religiöser Bevormundung mittels sinnlosen Religionsunterrichtes in öffentlichen Schulen müsste genau so vorbei sein - endlich! Auch die überschweifende, überbeteure Adelshochzeit, die viele in unserem Lande verärgerte, auch wenn diese Spielverderber, wie schon erwähnt, selbstredend tunlichst ignoriert werden (en ef-

fet, wirklich?), ist egal wie vorbei. Genau so wie die Zeit, die die politische Klasse allerdings und zwecks willkommenen Ablenkungsmanövers von bitteren Krisenzeiten, die das gemeine Wahlvolk in dessen Alltag mehr als bedrückt, bestens arrangierte. Auch und besonders in heuer aktuellem Kontext der Budget-Debatten im Parlament, das sich, und das muss lobenswerterweise auch einmal gesagt werden, seiner Wichtigkeit im Sinne demokratischer Prozesse und der diesem Parlament gerecht werdenden Grundaufgabe der politischen Debatte für und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wieder bewusst wurde- so sieht es jedenfalls aus.

Ein wichtiger Tipp, ein bescheidener, doch nützlicher Hinweis eines schreibenden Spielverderbers im Sinne wirkungsvoller Einsparmöglichkeiten, die niemanden auch nur einen Cent kosten würden, im Gegenteil, ein Denkanstoß, der uns allen vieles (er)sparen könnte, eben - Laizismus und Republik! Wenn dieses Land in der Tat so etwas wie wirkliche Transparenz kennen würde - die es natürlich heuer nicht gibt, weil es so etwas nicht geben darf - und keinen christlich-konservativen, neoliberalen Finanzminister hätte, dann würden wir für dumm verkauftes Wahlvolk nämlich etwas genau wissen und die uns vertretende politische Klasse en toute connaissance de cause zusätzliche und genaue Informationen im Sinne der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben wirklich kennen: die wahren, sprich die realen Kosten von Monarchie und Glaubensgemeinschaften! Denn die kennen wir nicht! Und dies ist sehr wohl genau so gewollt.

Nur - wer diese Frage zu stellen sich erdreistet ist - ein Spielverderber!

In diesem Falle - Mit Vergnügen!

Frank Bertemes

De Gëftzweg am Signal

Vive la République!

Der gefährlichste Mensch ist ein furchtsamer; er ist am meisten zu fürchten.*

Kaum Courage. Das Jahr 1936 verlief in einem aufgeheizten Klima, das angstgeschwängert war und einem jeden, besonders jedem Politiker, Mut zur Eigencourage abforderte. Aber den Politikern fehlte der Mut zur Courage. Das war vor dem Zweiten Weltkrieg und Geschichtsfälschung war die Spezialität der damaligen Rechtspartei unter Joseph Bech. Nach dem Krieg wurde Luxemburg von einer eben von Bech präsidierten Koalitions-Regierung der katholischen und liberalen Partei geleitet. Die Liberalen, alles verdrängt? In den Jahren 1935-1937 versuchte die schillernde Figur klerikal-konservativer Rechtspolitik ein Gesetz durchzubringen, das, unter dem Vorwand, die konstitutionellen Einrichtungen zu schützen, die Linksgruppierungen im allgemeinen und die Kommunistische Partei im besonderen verbieten sollte. Das faschistische Manöver des klerikalen Machtmenschen Bech wäre tatsächlich fast gelungen, wurde das Gesetz doch am 23. April 1937 mit 34 Stim-



*Ludwig Börne, deutscher Schriftsteller und Journalist 1786-1837

men, bei 19 Gegenstimmen und einer Enthaltung, von der Abgeordneten-Kammer angenommen. Die Opposition erreichte aber glücklicherweise, dass das Gesetz einem Referendum unterworfen wurde. Das bekannte Resultat, die Volksabstimmung über die Lex Bech, besser bekannt unter dem Namen „Maulkorbgesetz“ wurde zum historischen Sieg der vox populi, sprich der Demokratie! Und seither fürchtet die historisch rechtslastige CSV ein Referendum, wie der von ihrer lächerlichen Glaubensrichtung gefürchtete Teufel das Weihwasser. Et pour cause ... Doch der aufgeklärte, mündige Bürger, das doch nicht so tumbe Wahlvolk, verlangt angesichts der heuer aufflammenden Diskussionen und besonders der von den Klerikalen und ihrer politischen Partei, der in der Tat im Parlament minoritären CSV, niemals erwarteten plötzlich, wie aus heiterem Himmel, ans Tageslicht der Aktualität aufflammenden Tatsachen von, siehe aktuelle Presseartikel zum Thema „überall Spione, bespitzelte Kritiker, getürkte Uhren, verstörte Politiker, überwachte Bürger“ und einer Monarchie mit

allerbesten Kontakten zum britischen Geheimdienst (wohl eine der Glanzleistungen der berühmten Exilregierung in London unter eben Joseph Bech, dem Demokratiefeind par excellence, mit besten Kontakten zur mitgeflüchteten Adelskaste, siehe Einleitung) endlich etwas: nämlich Aufklärung! Die längst überfällig ist, siehe Stichwörter: Bommeleer, Gladio, Stay Behind, dann, laizistischer Staat - Privilegien der katholischen Staatssekte in schlimmen Krisenzeiten, ein Klerus, der die Frechheit hat, seine Situation noch gefestigter sehen zu wollen und dann noch sehr aktuelle Änderungen unseres Verfassungstextes, wiederum Klerus und Monarchie als Beispiele konservativer Machenschaften. Et geht elo duer, kann da nur ein massiver Aufschrei der Bevölkerung als Konsequenz und endgültig aufrüttelnde Aufforderung in Richtung Parlament und Regierung erfolgen! Monarchie, Adel, Klerus und C-Partei - Nein! So nicht mehr! Vive la République!

Franky - De Gëftzweg

Le Signal

Organ des FNCTTFEL-Landesverbandes

Herausgeber:
FNCTTFEL-Landesverband

Verantwortlich für den Inhalt:
Jean-Claude Thümmel,
Generalsekretär

63, rue de Bonnevoie -
L-1260 Luxembourg -
Tél.: 48 70 44-1
Fax: 48 85 25
www.landesverband.lu
secretariat@landesverband.lu

Redaktion:
Frank Gilbertz
Koordination:
Edmée Kirsch
Lektorat:
Roby Meis

E-mail:
lesignal@landesverband.lu

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Landesverbandes dar. Kürzungen der Beiträge behält sich die Redaktion vor.

Abonnement:
Für alle Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag enthalten.

Nichtmitglieder können "Le Signal" über die Redaktion bestellen.

Jahresabonnement: 25 Euro

Gestaltung und Umbruch:
Espace Médias S.A. /
Polygraphic Communication

Versand:
POLYPRINT SA
Esch/Alzette
Tel.: 54 13 82
Fax: 54 13 87